



Der Rücktritt des Ungarischen Staatspräsidenten Pál Schmitt: Ursachen und Folgen

Tamas Boros

– Analyse –

Friedrich Ebert Stiftung Büro Budapest

April 2012

Einleitung

Am 2. April 2012 gab der Präsident der Republik Ungarn, Pál Schmitt, im Ungarischen Parlament bekannt, dass er sich angesichts der Angriffe gegen ihn in der Plagiatsaffäre nicht mehr in der Lage sieht, die Einheit der Nation zu verkörpern und daher sein Amt niederlegt. Der Rücktritt war der Punkt am Ende eines fast drei Monate langen Plagiatskandals und einer zweijährigen Präsidentenamtszeit, die von der parlamentarischen Opposition scharf kritisiert worden war. Nachstehend wird versucht eine Antwort darauf zu finden, welche Faktoren zum Entschluss des Staatsoberhauptes geführt haben und welche Folgen dieser Schritt womöglich hat, der in der Geschichte der ungarischen Politik nach der Wende seinesgleichen sucht.

1. Motor des Regierens

Die politische Karriere von Pál Schmitt war bis zu seinem Rücktritt 30 Jahre lang von einem ungebrochenen Aufstieg geprägt. Von 1983 bis 2010 bekleidete der vier Fremdsprachen sprechende, zweifache Olympiasieger im Fechten leitende Positionen im Ungarischen Olympischen Komitee, war von 1993 bis 2002 Botschafter, von 2003 bis 2007 stellvertretender Vorsitzender der jetzigen konservativen Regierungspartei Fidesz und von 2009 bis 2010 Vizepräsident des Europäischen Parlaments und dann Präsident der Ungarischen Nationalversammlung. Nach dem Wahlsieg 2010 wählte ihn die Fidesz-KDNP-Koalition zum vierten Präsidenten der Republik Ungarn.

Bei der Wahl von Pál Schmitt ließ sich die Regierungspartei von zwei Faktoren leiten: Auf den Stuhl des Staatsoberhauptes sollte jemand gesetzt werden, der auch von nichtkonservativen Wählern akzeptiert wird, gemäßigt und populär ist, gleichzeitig aber auch in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Fidesz steht, um den Absichten der Regierung keinerlei öffentlich-rechtliche Hindernisse in den Weg zu legen. Dem entsprechend formulierte denn auch der Präsident der Republik seine *ars poetica* mit den Worten, Motor für die Arbeit der Regierung und nicht deren Bremse sein zu wollen. Dem ungarischen Grundgesetz zufolge obliegen dem Präsidenten der Republik zwei Aufgaben: die Einheit der Nation zum Ausdruck zu bringen und über das demokratische Wirken der Staatsorganisation zu wachen, weshalb Schmitt in den zwei Jahren seiner Amtszeit im ständigen Kreuzfeuer oppositioneller Kritik stand. Während er in protokollarischer Hinsicht seine Aufgaben untadelig erfüllte, war er als Verfassungswächter häufiger Kritik ausgesetzt.

Obwohl das Staatsoberhaupt das Recht hat, bei verfassungsmäßigen Bedenken vom Parlament verabschiedete Gesetze entweder an das Parlament zurückzuverweisen oder an das Verfassungsgericht weiterzuleiten, setzte Schmitt seine Unterschrift vorbehaltlos und ohne Ausnahme unter jedes Gesetz. Dazu zählten unter anderem das Mediengesetz, das vom Europarat beanstandet und vom Verfassungsgericht teilweise für null und nichtig erklärt

worden war, ferner Gesetze und Verfassungsänderungen, mit denen rückwirkende Steuervorschriften eingeführt und Rechtsbefugnisse des Verfassungsgerichts eingeschränkt wurden, das Gesetz zur Verstaatlichung privater Rentenkasseneinlagen bzw. das Gesetz, das die Unabhängigkeit der Ungarischen Nationalbank verletzt, oder die so genannten Übergangsbestimmungen, mit denen die größte Oppositionspartei für ihre Verbrechen in der Zeit vor der politischen Wende zur Verantwortung gezogen werden soll.

Die Regierung interpretierte Pál Schmitts „Verfassungsversehen“ als hilfreiche Schritte in Richtung einer Umgestaltung Ungarns und des Abschlusses der politischen Wende. In einem Interview machte Ministerpräsident Viktor Orbán auch darauf aufmerksam, dass das Staatsoberhaupt seiner Meinung nach Teil der vollziehenden Gewalt ist, und daher Pal Schmitts hilfreiches Verhalten nur natürlich sei. Diese Denkweise war nicht isoliert, sondern auch typisch in der Hinsicht, dass die Konservativen ihre erfolglose Politik in den letzten zwanzig Jahren regelmäßig auf die Rechnung überflüssiger Kompromisse, „übertriebener“ Juristerei und kraftlosen Regierungswillens geschrieben haben, sind doch unabhängige demokratische Institutionen Hindernisse für effizientes Regieren. Im Gegensatz dazu sahen die Oppositionsparteien im Agieren des Präsidenten eine Stufe bei der Beseitigung der demokratischen „checks and balances“, und sie betonten immer wieder, dass in Ungarn der Präsident der Republik, nach deutschem Vorbild, nicht Bestandteil der vollziehenden Gewalt ist, ja de jure die verfassungsmäßige Kontrolle über die Gesetze seine Aufgabe wäre.

Obwohl die Leistung von Pál Schmitt als „Wächter über die Verfassung“ abträglich für seine Gesamtbeurteilung war, und die Beliebtheit des Präsidenten in zwei Jahren auf zwei Drittel sank (siehe Abbildung1), gehörte er dennoch bis zu seinem Rücktritt zu den drei populärsten Politikern Ungarns. Teilweise lässt sich das auch mit der Institution des Staatsoberhauptes erklären, das sich traditionell aus politischen Schlachten heraushält und allgemeines Vertrauen genießt. Hervorzuheben ist, dass die Beliebtheitswerte von Pal Schmitt in großem Maße durch die allgemeine Enttäuschung über die gesamte politische Elite beeinflusst wurde, denn die anderen führenden Politiker Ungarns, wie der Ministerpräsident, der Parlamentspräsident oder die Führer der Oppositionsparteien, sind ohne Ausnahme weniger beliebt als ihre Vorgänger in den vergangenen Jahrzehnten.

Pál Schmitts Popularität

Von der Wahl bis zum Rücktritt

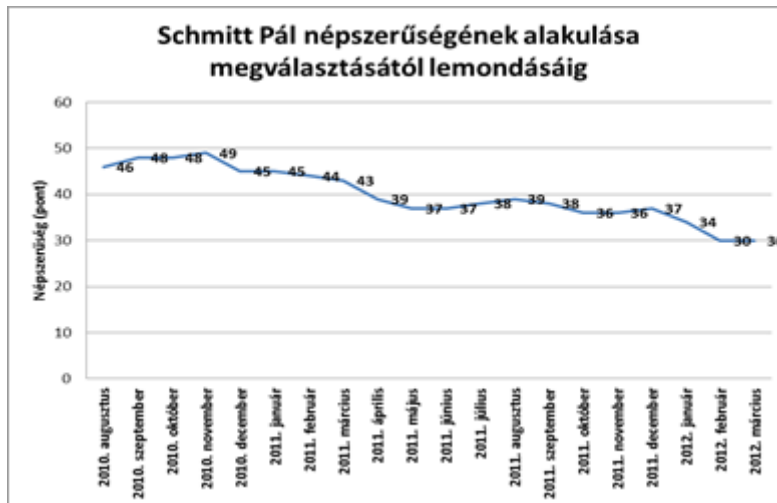


Abbildung 1 (Quelle: www.ipsos.hu)

Schmitts Popularität erlitt zweimal einen größeren Rückschlag um jeweils sieben Punkte. Der erste kann mit der Unterzeichnung der neuen ungarischen Verfassung und der zweite mit dem Beginn der Plagiatsaffäre, die schließlich zu seinem Rücktritt führte, in Verbindung gebracht werden.

2. Der Plagiatskandal

Beginnen hat die Plagiatsaffäre mit einem Artikel, der am 11. Januar 2012 in der Online-Ausgabe der maßgebenden Wochenzeitung für Wirtschaft, HVG, erschienen war und in dem der Autor behauptete, die Dissertation von Pál Schmitt für den „kleinen Dokortitel“ aus dem Jahre 1992 bestehe auf 180 Seiten aus der Übersetzung einer Arbeit des bulgarischen Wissenschaftlers Nikolai Georgiew. Sehr bald stellte sich heraus, dass andere Textteile aus der Arbeit eines deutschen Autoren, Klaus Heinemann, abgeschrieben wurden, und so von den 215 Seiten der Dissertation insgesamt 200 fast völlig textidentische Übersetzungen sind. Die Vorwürfe wies der Präsident der Republik zurück. Er erklärte: „Nach meinem besten Wissen habe ich die Arbeit geschrieben, dahinter (hinter den Anschuldigungen) kann ich nichts anderes vermuten, als ausschließlich böse Absicht.“

Zur Untersuchung der Plagiatsvorwürfe wurde Ende Januar an der Universität, die dem Staatsoberhaupt den Dokortitel zuerkannt hatte, eine Kommission eingesetzt, die Ende März

ihre Untersuchungsergebnisse veröffentlichte. Bei der Untersuchung wurde zwar festgestellt, dass die Vorwürfe grundsätzlich zu Recht bestehen und Schmitts Arbeit „in ungewöhnlich großem Umfang auf textidentischen Übersetzungen basiert“, doch nach Meinung der Untersuchungskommission hat nicht der Verfasser, sondern die Universität Fehler begangen, indem sie Pal Schmitt nicht auf die Tatsache der Textübereinstimmung aufmerksam gemacht hat. Diese unerwartete Schlussfolgerung löste in den Medien Entrüstung aus, und die Affäre kam auch auf die Titelseite der Boulevardblätter, die eine große Leserschaft haben und sich nur selten mit Politik befassen. Am Tag darauf erkannte der Senat der Universität Pal Schmitt denn doch den Dokortitel ab. Am Freitag danach gab dann der Präsident der Republik dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen zur Hauptsendezeit am Abend ein Interview, in dem er auch weiterhin alle Vorwürfe zurückwies und sich entrüstet über die Vorgehensweise der Universität äußerte. Obwohl mit dem Interview der Zweck verfolgt wurde, die öffentliche Meinung umzukehren und den Verbleib des Präsidenten in seinem Amt zu ermöglichen, lösten Schmitts Äußerungen genau das Gegenteil aus. Der beleidigte Ton heizte die Gemüter weiter an, und angesichts der Empörung unter der großen Mehrheit der konservativen und linken Akademiker und der Medien, legte der Präsident der Republik dann am 2. April 2012 sein Amt nieder. Selbst in seiner Rücktrittsrede vor dem Parlament wies er die Plagiatsvorwürfe zurück und nannte als einzigen Grund für die Amtsniederlegung die wegen der feindseligen Angriffe entstandene Stimmung in der Öffentlichkeit.

In der ungarischen Politik haben Politiker schon schwerwiegendere Vergehen unbeschadet überstanden. Zu Schmitts Rücktritt kam es daher vor allem, weil mit der Affäre falsch umgegangen wurde. Nach monatelangem Schweigen trat das Staatsoberhaupt mit falschen Behauptungen vor die Öffentlichkeit in dem Glauben, der Durchschnittswähler kenne sich mit Autorenrechten und akademischen Regeln nicht aus. Politisch gesehen machte Schmitt den Fehler, den Skandal zuerst als eine uninteressante interne Angelegenheit unter Intellektuellen zu sehen. Später dann unterschätzte er die Wähler und ihren Sachverstand und versuchte der Situation mit leicht durchschaubaren Kommunikationsauftritten Herr zu werden, anstatt sich zu entschuldigen und seinen Fehler einzugestehen.

3. Beispielloser Vorgang in der Politikgeschichte

Die Affäre um Pal Schmitt ist in zweierlei Hinsicht beispiellos in der politischen Geschichte der ungarischen Demokratie nach der Wende.

1) Zum ersten Mal ist in Ungarn ein führender Politiker infolge eines in der Vergangenheit wurzelnden Skandals zurückgetreten. Weit früher war im Falle des sozialistischen Ministerpräsidenten Peter Medgyessy ans Tageslicht gekommen, dass er für die Spionageabwehr der kommunistischen Diktatur gearbeitet und darüber die Wähler vor seiner Wahl nicht informiert hatte. Politischen Aufruhr löste danach die durchgesickerte Rede von Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány aus, in der er in unflätigem Ton zugegeben hatte, die Wähler über den tatsächlichen Zustand der Wirtschaft mit Hilfe von Haushaltstricks

hinweggetäuscht zu haben. Nach den Skandalen behielten jedoch beide öffentlichen Persönlichkeiten ihre Ämter. Die Tatsache allerdings, dass Schmitt zurücktrat, nicht weil er das Plagiat eingestand, sondern dem politischen Druck nachgab, hebt eher die politische Rationalität des Fidesz, und nicht seine Moralität, über die anderen Parteien. Viel über die Moralität ungarischer Politiker sagt auch die Tatsache aus, dass in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt nur vier führende Politiker Ungarns ihren Rücktritt unter Berufung darauf eingereicht haben, bei ihrer Arbeit Fehler begangen zu haben.

2) Der andere einmalige Aspekt im Zusammenhang mit Schmitts Rücktritt war, dass sich selbst ein großer Teil der Fidesz-Presse gegen den konservativen Präsidenten der Republik stellte. Alle führenden konservativen Tages- und Wochenzeitungen, Fernseh- und Hörfunksender stehen indirekt unter dem Einfluss des Fidesz, und im Grunde genommen ist es unvorstellbar, dass sie Meinungen kundtun, die nicht mit Viktor Orbáns Ansichten übereinstimmen. Zuerst stellten sich die konservativen Online-Portale an die Spitze der Konservativen, die den Rücktritt forderten. Später wandten dann auch so maßgebende Zeitungen wie Magyar Nemzet oder Heti Válasz Schmitt den Rücken zu. Dieser „konservative Aufruhr“ war bis dahin bei den Konservativen, die für ihre militärische Ordnung bekannt sind, ohne Beispiel. Darüber hinaus spielte die Presse auch insofern eine bemerkenswerte Rolle, als die Oppositionsparteien, in deren politischem Interesse ganz offensichtlich das Verbleiben eines durch Skandale beschädigten Schmitt im Amt und nicht dessen Rücktritt gelegen hätte.

4. Rücktrittskonsequenzen

Für die Regierungspartei wurden in der letzten Woche der Schmitt-Affäre eindeutig schädliche Prozesse in Gang gesetzt. Über Boulevardsendungen und Boulevardblätter erreichte die Nachricht vom Plagiat selbst die Segmente der Gesellschaft, die sich nicht für Politik interessieren. Außerdem war Schmitts Rücktritt zum ersten Mal ein Vorgang, bei dem sich auch innerhalb des eigenen Lagers Risse an dem mit aller Kraft aufrecht erhaltenen Anschein der Unfehlbarkeit von Viktor Orbán zeigten. Andererseits wurde der Fidesz schließlich den „politischen Schmutzfleck“, den die Affäre bedeutete, los und stellte seine „moralische Überlegenheit“ über die zum Rücktritt unfähigen Oppositionspolitiker unter Beweis. Damit fügt der Skandal langfristig der Partei keinen größeren Schaden zu. Binnen 15 Tagen wird nun das Parlament, in dem der Fidesz die Mehrheit stellt, einen neuen Präsidenten der Republik wählen, und damit hat die Partei die Chance bekommen, nicht bis 2015, sondern bis 2017 ein Staatsoberhaupt an die Spitze des Landes zu stellen, der eng mit den Konservativen verbunden ist.

Direkten Nutzen kann keine der Oppositionsparteien aus dem Rücktritt ziehen, denn der war im Grunde genommen ein Verdienst der Presse und nicht irgendeiner politischen Kraft. Im Gegenteil. Es hätte im elementaren Interesse der Opposition gelegen, wenn sich der Skandal möglichst lang hingezogen hätte, der Präsident im Amt geblieben und so die Plagiat-Affäre zu

einem gewichtigen Thema in der Parlamentswahlkampagne 2014 geworden wäre. Eine wichtige Schlussfolgerung können jedoch auch so die oppositionellen Kräfte und ihre Wähler ziehen: Sogar ein Fidesz, der die Unterstützung von zwei Dritteln der Parlamentsabgeordneten und der Leiter sämtlicher, theoretisch unabhängiger demokratischer Institutionen hinter sich weiß, ist nicht unbesiegbar.

Infolge des Rücktritts wird es in der ungarischen Politik in der nächsten Zeit um zwei Themen gehen. Um jeden Preis will der Fidesz auch unter den Linken einen „Sünder“ finden, auf den er zeigen kann, und so wird man versuchen, mögliche Plagiataffären von Oppositionsführern aufzudecken und die Schmitt-Affäre möglichst breit auf die gesamte Elite auszuweiten. Daneben wird sich die Ahndung von vermuteten oder tatsächlichen wirtschaftlichen Missbräuchen in der vorherigen Regierungsperiode beschleunigen, wozu die Regierung bereits 2010 ein gesondertes Amt eingerichtet hat. Das zeigt sich schon daran, dass die Fidesz-nahe Presse gleich am Tag nach dem Rücktritt des Präsidenten der Republik begann, über eine Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft gegen den Ex-Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány zu spekulieren.

Das andere politische Thema der kommenden Wochen wird natürlich die Person des nächsten Präsidenten der Republik sein. Erwartungsgemäß wird der Ministerpräsident eine Person für das höchste Amt des Staates aussuchen, die noch weiter rechts als er selbst steht und sich der neuen Verfassung gegenüber angemessen verpflichtet fühlt. Mit anderen Worten: es ist sicher, dass sich der neue Präsident, genauso wie sein Vorgänger, in keiner wichtigen Frage dem Willen von Viktor Orbán entgegenstellen und er, sollte 2014 die Opposition die Wahlen gewinnen, sogar versuchen wird, mit seinen begrenzten Mitteln die derzeitige umstrittene öffentlich-rechtliche Ordnung zu verteidigen. Da Pal Schmitt nicht über seine Loyalität zur Regierung oder verfassungsrechtliche Irrtümer, sondern eine Plagiat-Affäre gestürzt ist, hat sich für Viktor Orbán bestätigt, dass ein „Motor“ wie Schmitt auf dem Posten des Präsidenten der Republik gebraucht wird. Diese Ansicht des Ministerpräsidenten macht das Regieren zwar effizienter, schwächt aber den Glauben der Ungarn in die Institution des Staatsoberhauptes weiter.

Autor: Tamas Boros, Politischer Analyst, Direktor Policy Solutions Budapest